

# Verkehrsinself wird zum Politikum

Jetzt wird die Verkehrsinself an der Murnauer Entlastungsstraße, an der sich ein tödlicher Unfall ereignet hat, zum Politikum. Sowohl die Fraktion der Freien Wähler als auch Josef Bierling von der CSU fordern umgehend einen Rückbau.

VON MICHAELA SPERER

**Murnau** – „Wer hat sich nur diesen Blödsinn ausgedacht?“ Immer wieder hat sich Welf Probst diesen Satz über die neue Verkehrsinself auf der Entlastungsstraße, Ecke Mühlstraße, anhören müssen – und zwar vor dem tödlichen Unfall, der sich dort am vergangenen Freitag ereignet hat (wir berichteten). Grund genug für die

Freie-Wähler-Fraktion, sich bereits vor dem schrecklichen Ereignis Gedanken über mögliche Rückbau-Maßnahmen zu machen. An einen dummen Zufall, dass das Unglück jetzt ausgerechnet an dieser Stelle passiert ist, glaubt Sprecher Probst also nicht mehr so recht. „Womöglich hat genau diese neue Insel zu dem Unfall geführt. Statt die Straße damit sicherer zu machen, ist das Gegenteil eingetreten. Wir fordern die Gemeinde auf, mit energischem Nachdruck die Staatliche Behörde zum schnellen Rückbau dieser Maßnahme zu bewegen. Wir bitten auch zu prüfen, ob zwei Fußgängerüberwege nötig sind, oder ob nur eine an der Nordseite der Kreuzung ausreicht und damit eine überschaubare Situation geschaffen werden kann.“

Ins selbe Horn stößt Josef Bierling (CSU). Auch für ihn ist

die Wahrscheinlichkeit, dass die Insel den Unfallhergang unglücklich beeinflusst hat, groß. Er verlangt den Rückbau. „Für die Kosten sollte dann nicht der Steuerzahler aufkommen, sondern diejenigen, die solche unüberlegten Maßnahmen zu verantworten haben.“ Durch die Abrundung des Gehwegs an der Ecke Entlastungs-/Mühlstraße sei dort mit der gegenüberliegenden neuen Insel eine gefährliche Engstelle entstanden. Die Aussage des Straßenbauamts, „Wir werden jetzt schauen, ob es was zu verbessern gibt. Das ist Usus bei einem schweren Unfall“, hält Bierling, voll Mitgefühl für die Angehörigen, für pietätlos. „Man sollte vor der Umsetzung einer solch sinnlosen Maßnahme nachdenken. Die Gemeinde ist dabei, durch die Ertüchtigung der Ampelanlagen den Verkehrsfluss auf der Entlastungs-

straße zu verbessern. Und dann setzt man auf eine funktionierende Linksabbiegerspur eine Insel als Hindernis, die den Verkehrsfluss wieder behindert. Denn schon bei zwei Abbiegern kommt der Verkehr dort in Richtung Norden trotz Grünphase ins Stocken.“

Eine Verbesserung für die Fußgänger ist seines Erachtens nach dadurch auch nicht gegeben. „In der Praxis ist es so, dass kaum einer auf der Insel verweilt und bis zur nächsten Grünphase wartet, sondern einfach weitergeht, auch wenn das Männchen schon auf Rot springt. Eine wirkliche Verbesserung hätte man erreichen können, indem man die Grünphase für die Fußgänger verlängert, so dass auch ältere Menschen problemlos über die vierspurige Straße kommen. Das wäre sinnvoller gewesen und hätte weniger gekostet.“

Dass nicht alle Maßnahmen glücklich gelaufen sind, kann Welf Probst nur unterstreichen. „Wir haben bereits eine Woche vor dem Unfall in der Fraktionssitzung über den Antrag beraten, der Bürgermeister möge mit Verwaltung auf das Staatliche Bauamt zugehen, um die Situation an der genannten Stelle zu klären und zu verbessern.“ Probst erinnert sich an die Historie: Zur Verbesserung des Verkehrsflusses wurde ein Ingenieur aus Essen zu Rate gezogen. Bei einer Beratung im Oktober 2012 wurde die Idee vorgestellt, dort eine Insel einzubauen. „Schon damals wurde von uns Freien vorgeschlagen, es sei besser, stattdessen die Rechtsabbiegerspur in den Burggraben zurückzubauen, um so die Entlastungsstraße für die Fußgänger zu verschmälern. Diese Spur wurde ursprünglich zur Bewältigung

des Verkehrsflusses in Richtung Ammertal geschaffen, ist aber seit der Auflösung der Schranken und der dadurch entstandenen, anderen Verkehrsführung obsolet geworden. Leider wollte das Bauamt diesen Vorschlag nicht annehmen und realisierte 2014 ihre Idee mit der Insel auf der bis dahin existierenden Linksabbiegerspur Richtung Mühlstraße.“ Probst endet mit dem Plädoyer an die Behörden, Sorgen und Ideen der Bürger vor Ort in Zukunft ernster zu nehmen. „Sie kennen sich dort besser aus.“

Der Antrag der Freien Wähler soll so bald wie möglich im Gemeinderat behandelt werden. Laut Polizei-Verkehrssachbearbeiter Florian Kleiner wird es Mitte nächster Woche zu einem Termin mit Vertretern des Straßenbauamts, des Landratsamts und der Polizei an dem Unfallort kommen.